

## Warum der Zeitpunkt der Taiwan-Visite denkbar riskant ist

Stand: 06:48 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Von Christina zur Nedden



Ankunft in der Nacht: Nancy Pelosi (Mitte) wird nach fünfstündigem Flug aus Kuala Lumpur am Flughafen von Taipeh begrüßt

Quelle: AP

Die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses sichert Taipeh weitere Unterstützung zu. Peking, das vor einem Besuch gewarnt hatte, kündigte sofort Militäraktionen an. Doch der Inselstaat muss sich noch auf weitere Vergeltungsaktionen gefasst machen – die selbst in Deutschland zu spüren sein werden.

**N**un also doch: Nachdem in den letzten Tagen spekuliert wurde, ob es tatsächlich dazu kommt, ist Nancy Pelosi trotz vielfacher Drohungen Pekings nach Taiwan gereist. Die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses landete am Dienstagabend Ortszeit auf dem Songshan-Flughafen in Taipeh. Zuvor hatten Tausende Menschen weltweit auf „Flightradar24“ die Route des Flugzeugs verfolgt, das auf dem Weg von Malaysia nach Taiwan großzügig den chinesischen Luftraum umflog. Ob Pelosi tatsächlich an Bord war, blieb bis zuletzt unklar. Der Besuch ist die ranghöchste US-Visite in Taipeh seit 1997. Insider berichteten, dass Pelosi am Mittwoch Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen treffen wird.

Nach der Landung der [US-Spitzenpolitikerin](#) ([/politik/ausland/plus184541434/US-Demokraten-Nancy-Pelosi-die-maechtigste-Frau-Amerikas.html](#)) drohte China mit „gezielten militärischen Aktionen“. „Die chinesische Volksbefreiungsarmee ist in hohem Alarmzustand und wird mit einer Serie gezielter militärischer Aktionen antworten“, erklärte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums. Schon bevor

Pelosi in Taiwan gelandet war, hatte Peking seine militärische Drohkulisse verstärkt. Laut der Nachrichtenagentur Reuters bewegten sich chinesische Militärflugzeuge und Kriegsschiffe am Dienstag nahe der inoffiziellen Trennlinie, die die Taiwan-Straße genannte Meerenge zwischen China und dem Inselstaat in der Mitte teilt und damit eine Puffer-Funktion besitzt.

Die „Financial Times“ berichtete, dass das chinesische Militär in erhöhte Einsatzbereitschaft versetzt worden sei. Nordöstlich der südchinesischen Insel Hainan wurde zudem ein Seegebiet für geplante Militärübungen gesperrt. Das taiwanesische Militär erklärte am Dienstag seinerseits, es sei „entschlossen“, sich gegen die zunehmenden Bedrohungen Chinas wegen des möglichen Pelosi-Besuchs zu verteidigen.

US-Präsident Joe Biden hatte sich noch vor wenigen Wochen zurückhaltend über einen möglichen Besuch Pelosis geäußert. „Ich glaube, das Militär hält es im Moment für keine gute Idee“, so Biden. Seither hatte sich Biden geweigert, die Warnungen näher zu erläutern. Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses sagte, dass Pelosi das Recht habe, zu reisen, wohin sie wolle. „Es gibt keinen Grund für Peking, einen potenziellen Besuch im Einklang mit der langjährigen US-Politik in eine Art Krise zu verwandeln“, so John Kirby. Er wiederholte jedoch auch, dass die US-Politik gegenüber Taiwan unverändert sei.

Diese lehnt sowohl eine formelle Unabhängigkeitserklärung Taiwans als auch eine gewaltsame Übernahme der Insel durch China ab. Peking betrachtet Taiwan jedoch als abtrünnige Provinz der Volksrepublik, die notfalls militärisch mit dem Festland wiedervereint werden muss. Doch Biden irritierte Peking, als er im Mai auf die Frage einer Journalistin, ob die USA Taiwan im Angriffsfall auch militärisch verteidigen würden, mit „ja“ antwortete. Ein klares Bekenntnis zu einer militärischen Intervention war zuvor lange vermieden worden.

Ihr Besuch unterstreiche das „unerschütterliche Engagement der USA für die Unterstützung der lebendigen Demokratie in Taiwan“, sagte Pelosi nach ihrer Ankunft. „Amerikas Solidarität mit den 23 Millionen Menschen in Taiwan ist heute wichtiger denn je, da die Welt vor der Wahl zwischen Autokratie und Demokratie steht.“

Der Zeitpunkt der Visite ist allerdings denkbar riskant. Die 23 Millionen Taiwaner leben seit Langem mit der Bedrohung einer chinesischen Invasion, diese hat sich unter Xi Jinping aber deutlich verschärft. Der chinesische Präsident, um den sich ein Mao-ähnlicher Personenkult entwickelt hat, strebt im Herbst eine historisch unübliche dritte Amtszeit an. Doch sein Image leidet unter einer Wirtschaftskrise, die maßgeblich mit der rigorosen No-Covid-Politik  
(/politik/ausland/plus240035013/Geostrategie-Experte-Hugues-Eudeline-ueber-Chinas-Plaene-als-Weltmacht.html) zusammenhängt.

Es gibt selten gesehene Proteste im Land, die Jugendarbeitslosigkeit steigt. Xi begegnet der schlechten Stimmung mit mehr Nationalismus und einer harten antiwestlichen Rhetorik. Würde Xi nicht auf Pelosis Besuch reagieren, käme das einem Gesichtsverlust gleich, der in China große kulturelle Bedeutung hat.

Taiwan wurde in den letzten Jahren von China immer stärker international isoliert. Nur noch 13 Staaten und der Vatikan erkennen es als souveränen Staat an. Der kleine Inselstaat hat sich zum größten geopolitischen Streitthema zwischen den Großmächten China und USA entwickelt.

## Folgen werden auch Deutschland betreffen

Als Reaktion auf den Besuch hat Peking in einer Vergeltungsaktion Einfuhrbeschränkungen für über 100 taiwanesische Lebensmittelexporteure angekündigt, zudem wurde ein Cyberangriff aus dem Ausland gemeldet, bei dem Hacker die Website der taiwanischen Präsidentin lahmlegten. Sowohl militärisch als auch wirtschaftlich dürfte der Besuch noch weitere Folgen für das Land haben.

Die deutsche Außenministerin [Annalena Baerbock](#) ([/politik/ausland/article235459726/Annalena-Baerbock-China-reagiert-veraergert-auf-Interview.html](#)) (Grüne) kritisierte die chinesischen Drohgebärden gegenüber Taiwan am Dienstag. „Wir haben schmerhaft in den letzten Monaten seit dem 24. Februar gelernt, dass aggressive Rhetorik zu gefährlichem Handeln führen kann“, sagte sie in einer Rede in New York. „Chinas Äußerungen mit Blick auf Taiwan haben ernsthafte Fragen aufgeworfen.“ Baerbock fügte hinzu: „Es kann nicht in unserem Interesse sein, wenn China zusätzlich noch ausufernde wirtschaftliche Abhängigkeiten in der Region kreiert.“

Auch Deutschland dürfte Pekings wirtschaftliche Strafaktionen indirekt zu spüren bekommen, denn nirgendwo werden so viele Halbleiter gefertigt wie in Taiwan. Diese werden vor allem in der Autoindustrie dringend benötigt.

mit Agenturen

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240263475>